Bericht vom GenZ-Café der FU Berlin und warum selbstverwaltete Räume so wichtig sind!

von tacco Blumkohl, November 2026, 5 Minuten Lesezeit

An der Freien Universität Berlin kam es im Rahmen der GenZ-Bewegung zu vielen Blockaden, Besetzungen und anderen Aktionen. Organisiert von Generalversammlungen und weiteren Treffen wird für den internationalen Jugendstreik am 20.11. und für eine Vollversammlung von Studierenden und Beschäftigten vorher am 19.11. mobilisiert. Dies reite sich ein in unzählige Uni- und Schulblockaden in den letzten Wochen in ganz Deutschland! Die Jugend hier zu Lande folgte dem Aufruf der Französischen, Spanischen und italienischen Jugend und Arbeiter:innenklasse die vor uns den Großteil ihrer Schulen und Hochschulen blockierten und den Generalstreik ausreifen! An der FU führen wir denselben Kampf wie dort und wählen deshalb auch dieselben Mittel. Während die Unileitung die Bewegung klein halten wollte, dadurch dass sie z.B. Veranstaltungen verschoben, die in Räumen neben Besetzung stattfanden, haben sich Studierende das nicht gefallen lassen. In dem Foyer vor der Mensa 2 wurde sich selbstbestimmt ein Raum für die Bewegung genommen. Es fing an mit einem Transpi, Plakaten und einen Infotisch. Als immer mehr Tische, Stuhle und Sofas dazu kamen, wurde der Ort ein Treffpunkt für die Bewegung. So wurde das GenZ-Café gegründet. Es gibt der Bewegung eine dauerhafte Präsenz auf dem Campus und dient als Aufenthaltsort, aber auch für Plena und Planung von Aktionen. Dadurch das das GenZCafé direkt vor einer großen Mensa liegt bekommt die Bewegung mehr Aufmerksamkeit und bleibt ansprechbar für andere Studierende. Mittlerweile wurde eine Bastelecke eingerichtet und Pinnwände mit einem Kalender, der das Programm und wichtige Aktionen zeigt, wurden aufgestellt, aber auch ein Platz, um Wünsche, Ideen und Feedback an die Bewegung zu tragen. Das GenZ-Café ist also ein kleiner Raum an der Uni

unter Selbstverwaltung der Studierenden!

Zustand unserer Schulen und Unis

Die Freie Universität Berlin, wie aber auch andere Unis, Schulen und Berufsschulen sind Orte an denen wir uns als Jugend regelmäßig aufhalten. Vor allem in Schulen tut man dies auch oft unfreiwillig und die Schule ist generell für viele Jugendliche und Kinder ein Ort, an dem man sich unwohl fühlt. Leistungsdruck, große Hierarchien, Mobbing, marode Gebäude und viele weitere unangenehme Dinge prägen den Schulalltag. Aber auch an den Unis sieht es nicht besser aus. Die massiven Sozialkürzungen führen dazu, dass Gebäude geschlossen werden, weil kein Geld zur Sanierung da ist, aber auch sexuelle Übergriffe und deren fehlende Aufarbeitung wie der Fall von Jane Doe zeigen, dass die Uni kein sicherer Ort für uns ist. Fakt ist diese Bildungseinrichtungen sind für uns prinzipiell keine Orte, an denen man sich gerne aufhält. Ausnahmen sind oft selbstverwaltete Cafés, deren Räume sich schon erkämpft worden oder andere Aufenthaltsräume.

Systematik der kapitalistischen Bildung

Diese Faktoren sind nicht Zufälle, sondern haben ein System. Bildung im Kapitalismus soll uns auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, weshalb Leistungsdruck und Konkurrenzdenken Teil der Schule sind. Sie soll uns schon früh bereit machen für das Leben in der Lohnarbeit und uns die Ideologie der kapitalistische Leistungsgesellschaft und der Normalität von Wettbewerb als Antrieb der Gesellschaft beibringen. Diese Rolle im gesellschaftlichen System macht die Schule und die Uni zu einem politischen Ort, bei dem jedoch nicht um freie Entfaltung, Mitbestimmung und Selbstorganisierung geht, sondern um die Legitimation kapitalistischer Herrschaft. Dagegen müssen wir uns wehren und genau diese Orte als Schüler:innen und Studierende einfordern. Und zwar unter unseren Vorstellungen. Im Unterricht wollen wir nicht weiterhin Dinge wie die ideologische Rechtfertigung für den Genozid in Palästina von klar zionistischen Lehrkräften hören, sondern selbst entscheiden, wie und was wir lernen. Genauso wollen wir an der Uni nicht für die Kriegsinteressen der

Herrschenden forschen.

Gegen ihre Repressionen!

Doch dieses Einfordern zeigt uns jedoch, dass die staatliche Institutionen nicht auf unserer Seite sind. Anstatt mit unserer Jugendbewegung, Schüler:innen und Studierenden für ein besseres Bildungssystem zu kämpfen tragen Uni- und Schulleitung Sozialkürzungen und Militarisierung mit. Sie stehen als Vertreter des herrschenden Systems gegen unsere Interessen. So wurde zuletzt an der Uni Kassel die Zivilklausel abgeschafft, um nun dort militärisch zu forschen, entgegen der Urabstimmung der Studierenden. Aber auch Schulleitungen lassen Bundeswehrsoldaten in die Klassenräume, aber sorgen dann trotzdem für die „scheinbare politische Neutralität“ an Schulen, sobald es darum geht, wenn Schüler:innen beispielsweise zum Schulstreik mobilisieren. Wir können uns also nicht auf institutionelle Rahmen verlassen, denn auf Unileitungen, die die Bullen rufen, um Hörsaalbesetzungen zu räumen und Schulleitungen, die dasselbe tun bei Schulblockaden, können wir nicht vertrauen!

Freiräume erkämpfen!

In der Konsequenz bedeutet das also, dass wir uns als Bewegung selbst Räume nehmen müssen, um sowohl Uni als auch Schulen so zu gestalten, wie wir es uns vorstellen. Das kann dauerhaften Besetzungen von Klassen- und Seminarräume, bis sie uns, Schüler:innen und Studierenden, zur Verfügung gestellt werden, sein, aber auch erstmal eine Pinnwand im Foyer mit Plakaten, nächsten Treffen und Mobilisierungsmaterial. Wichtig ist sich als Komitee für die eigene politische Arbeit Platz zu nehmen, die die Schul- und Unileitung uns verweigern und solange mit Kundgebungen, Unterschriftenlisten und anderen Aktionen für diese Räume zu kämpfen. Diese Räume können dazu dienen Diskussionen zu führen, Aktionen zu planen oder einfach mal in den Pausen (oder wenn man mal kein Bock auf die Mathestunde hat) dort zu chillen. In Frankreich erzielten die Jugendlichen schon erste Erfolge (auch wenn noch lange ungenügend) und auch in Spanien, Italien, Albanien, uvm. kommen die Herrschenden und seien es nur

die Unileitung ins Wanken. Wir führen einen Kampf, den wir gewinnen können! Zuerst dafür, dass unsere Interessen Priorität bekommen und schlussendlich für eine Zukunft, über die wir entscheiden können. Schließt euch unserem Kampf an ob an der FU Berlin, an euren Schulen, Unis und Betrieben und am 20.11. auf dem internationalen Youthstrike!

Deshalb fordern wir:

Für selbstverwaltete Freiräume überall! Merz muss weg!

Für den Rücktritt der Regierung und das Ende der Kürzungspolitik!

Massive Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales, nehmt das Geld aus dem Militär und von den Reichen!

Stoppt ihre Kriegsvorbereitung! Gegen die Militärforschungen an unseren Unis! Bundeswehr und Jugendoffiziere raus aus unseren Schulen!

Es liegt nicht am Klima, sondern am Kapitalismus: Die Verweigerung der „Anpassung“ und der hohe Blutzoll, den die Arbeiter:innenklasse zahlt.

Anmerkung der Redaktion: Die großen Hitzewellen des Sommers in Europa sind zwar vorbei, doch Ihre Effekte wirken nach: tausende Todesfälle, unerträgliche Zustände in Arbeit, Uni und Schulen und die erneute Gewissheit, dass „unsere“ Regierungen sich einen Scheiß um uns und unser

Wohlergehen kümmern, selbst wenn die Welt buchstäblich brennt. Dazu noch die Perspektive, dass dieser Hitzesommer vielleicht einer der kälteren unseres Zukünftigen Lebens sein dürfte und weiter und weiter unsere Lebensgrundlagen Weltweit vom kapitalistischen Profitstreben bedroht sind. Deshalb veröffentlichen wir hier den Artikel einer Französischen Genossin unserer Internationalen Strömung, der ISL, welche die Lage der Hitzewelle diesen Sommer in Frankreich beschreibt und eine Perspektive aufwirft wie wir uns als Jugend und Arbeiter:Innenklasse gegen diesen Angriff auf unser aller Lebensgrundlage wehren können.

Von Tamara Madrid (ISL Frankreich)

Das politische Barometer Europas zeigt erneut Werte, die an Barbarei grenzen. Nach wochenlanger Hitzewelle, die Frankreich und Europa in einen nahezu unbewohnbaren Ort verwandelt hat, bröckelt die offizielle Erzählung vom „grünen" Kapitalismus und der technokratischen Regierungsführung angesichts der harten Realität. Die Veröffentlichung des offiziellen Berichts von *„Santé publique France"* am 3. Juli 2026 offenbart ein Szenario eines nicht erklärten sozialen Krieges: In der kritischen Woche vom 22. Juni stiegen die Todesfälle landesweit um 29,1 %, was 2.025 zusätzlichen Todesfällen in nur sieben Tagen entspricht. In der Region Île-de-France (Paris und Umgebung) ist diese Zahl ein deutliches Zeichen für den Zusammenbruch: Die Zahl der Todesfälle schoss um 62,8 % in die Höhe.

Während der Rettungsdienst SAMU von tödlichen Herzstillständen berichtete, bei denen die Körpertemperatur der Opfer unglaubliche fast 44 °C erreichte, veröffentlichte Präsident Emmanuel Macron auf seinem X-Account ein Beispiel für unglaublichen institutionellen Zynismus: *„Face à la canicule, veillons les uns sur les autres"* („Angesichts der Hitzewelle lasst uns aufeinander achten"), gefolgt von kindischen Ratschlägen wie „Trinkt Wasser" oder „sucht euch Abkühlung".

Diese Inszenierung ist nicht bloß eine Unterlassung. Wie Romaric Godin (2026) argumentiert, zielt die Herangehensweise des bürgerlichen Staates an den ökologischen Kollaps darauf ab, die Ursachen zu isolieren, die Schuld auf Einzelpersonen abzuwälzen und eine strukturelle Krise der kapitalistischen

Gesellschaftsordnung in eine Frage der individuellen Moral oder bloßer technischer Widerstandsfähigkeit zu verwandeln. Doch der Klimawandel ist längst kein Smalltalk Thema mehr in Aufzügen von irgendwelchen Firmen; er ist ein Kampf um Leben und Tod, um die Kontrolle über unser Leben.

Die Falle der „Anpassenden Leugnung“

Die historische Hitzewelle von 2026 – die laut Météo-France die Katastrophe von 2003 sowohl in ihrer Intensität als auch in ihrer Geschwindigkeit übertraf – hat in eine neue ideologische Phase des Kapitalismus geführt: *die adaptive Leugnung*. Niemand scheint mehr zu leugnen, dass der Planet brennt. Politische Meinungsverschiedenheiten drehen sich zunehmend um die Ursachen, den Grad der Dringlichkeit und die notwendigen Maßnahmen – und in diesem Sinne um die Möglichkeit, die globale Erwärmung aufzuhalten. Im Allgemeinen läuft die Debatte in Fernseh-Talkshows auf eine technische, marktbasierte Lösung hinaus, wie etwa die unregulierte Verbreitung von Klimaanlagen und die Installation von Ventilatoren.

Diese Sichtweise nährt die gefährliche Illusion, dass Kapitalist:innen unter extremen ökologischen Bedingungen weiterhin produzieren und Gewinne anhäufen können. Es handelt sich um eine Art programmierten Defätismus. Die Anpassung als zentralen Schwerpunkt zu betrachten, anstatt sie als nachträglichen Notbehelf zu behandeln, läuft auf eine Kapitulation vor dem ökologischen Kollaps hinaus, die die einzig dringende Diskussion vom Tisch wischt: die Eindämmung der durch die kapitalistische Produktionsweise verursachten beschleunigten Zerstörung.

Die Heuchelei ist total. Während die Regierung vorgetäuschte Sorge zeigt, indem sie nach und nach 30.000 Notfall-Klimaanlagen für überlastete und schlecht ausgestattete Krankenhäuser anschafft, kürzt sie hinter den Kulissen den Haushalt. Mitten in einer Hitzewelle hat die Exekutive die GIP Epau aufgelöst, die öffentliche Einrichtung, die gemeinsam mit den Kommunen strategische Forschung zur Anpassung der städtischen Architektur an den Klimawandel finanzierte. Gleichzeitig kürzte sie mehr als ein Drittel *des „Fonds vert*“ (Grüner Fonds), des Instruments, mit dem Kommunen die Beseitigung von Bauwerken auf Brachflächen und die

Bepflanzung finanzierten. Beton hat Vorrang, weil er schnelle Grundsteuer- und Immobilienerträge generiert; lebendiger Boden, der die Temperatur reguliert, wird nicht an der Börse gehandelt.

Klassenbedingte Kriminalität: Arbeiter:innen haben keine Anlaufstelle

Diejenigen, die in französischen Wohnungen sterben, sind nicht die Führungskräfte der Pariser Börse, die von zu Hause aus in klimatisierten Büros arbeiten. Die Opfer der Hitzewelle sind Angehörige der Arbeiter:Innenklasse, erwerbstätige Arme, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Frauen in den Innenstädten und ethnische Minderheiten.

Der Bericht von *„Santé publique France“* liefert eine wichtige Statistik, die die Sprecher:Innen der Bourgeoisie herunterzuspielen versuchen: Die Zahl der Todesfälle zu Hause ist innerhalb einer Woche um atemberaubende 91 % in die Höhe geschossen. Dies verdeutlicht die Folgen der schrittweisen Kürzung der Mittel für das Gesundheitswesen, die zu begrenzten Krankenhauskapazitäten geführt hat, und legt die Wohnungskrise offen. Tausende von Arbeiter:Innenfamilien verbringen den Sommer in regelrechten *„passoires thermiques“* (Wohnungen, die aufgrund ihrer miserablen Isolierung wie Saunen wirken). In einer Einzimmerwohnung im Norden von Paris bei 40 °C im Schatten zu leben und dabei exorbitante Mieten an private Vermieter:innen zu zahlen, ist eine Form von sozialer Gewalt!

Doch am unerträglichsten kommt diese Barbarei am Arbeitsplatz zum Ausdruck. Während der ersten Hitzewelle im Mai kam in der Region Drôme ein junger Arbeiter, kaum 19 Jahre alt, durch einen schweren Hitzschlag (Hyperthermie) ums Leben, nachdem er seinen Arbeitstag auf einem Dach in direkter Sonneneinstrahlung verbracht hatte. Sein Boss hatte keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen. Im Bildungswesen stiegen die Temperaturen in den Klassenzimmern auf über 45 Grad; im Gastgewerbe (Bars, Restaurants usw.) waren die Maßnahmen minimal – wie zum Beispiel, den Beschäftigten

zu erlauben, auf ihre vollständige Uniform zu verzichten, um „kühler zu bleiben“; in Krankenhäusern waren die Beschäftigten ebenso überfordert wie in den kritischen Momenten der Pandemie; ganz zu schweigen von den prekärsten Branchen, wie zum Beispiel den Lieferdiensten und dem Baugewerbe, neben vielen anderen. Für Kapital und die Regierung sind wir Arbeiter:innen entbehrliche Produktionseinheiten. Das Gebot, die Gewinnmargen aufrechtzuerhalten, hat Vorrang vor dem grundlegendsten Recht der menschlichen Biologie: nicht innerlich zu kochen, während man seinen Lebensunterhalt verdient.

Unterdrückung und Kriminalisierung sind an der Tagesordnung

In dieser Situation geht die Regierung hart gegen diejenigen vor, die versuchen zu überleben, und kriminalisiert Menschen aus der Arbeiter:innenklasse. Im Arbeiter:innenviertel La Gauthière (Clermont-Ferrand) wurde im Rahmen einer Polizeiaktion das Gebiet abgesperrt, um die Entfernung eines Plastikpools zu erzwingen, den Jugendliche in einer Seitenstraße aufgestellt hatten, um die Kinder des Viertels abzukühlen. Ganz zu schweigen von der Absage der Pride, von „Ivry en Fête“ oder dem Alkoholverbot auf den Straßen während der „Fête de la Musique“ (man musste in einer Bar trinken, ohne Ausnahmen). Die Botschaft ist klar: Zwangsmaßnahmen gegen Einzelpersonen (Alkoholverbot, Verbot, auf die Straße zu gehen, Beschlagnahmung von privaten Pools in der Nachbarschaft) werden eingesetzt, um Armut zu kriminalisieren, während das Immobilienkapital das Viertel zerstört, Geschäftsinhaber Gewinne einstreichen und unser Recht auf Protest eingeschränkt wird. Aber wohlgemerkt: Jede:r muss zur Arbeit gehen.

Jedes Jahr fallen in Frankreich 20.000 Hektar Natur- und Waldflächen der Immobilienspekulation zum Opfer (das entspricht der doppelten Fläche von Paris). Dieser städtische Ökozid wird von der rechts- und rechtsextremen Lobby unter der Führung von Marine Le Pen gedeckt – die Hunderte von Gesetzesänderungen eingebracht hat, um die Ziele der „Netto-Null-Flächeninanspruchnahme“ (ZAN) zu blockieren –, unter der Komplizenschaft

und dem Rückzug von Macrons zentristischem Block. Sie betonieren die „Wärmeinseln“ zu, die heute als Todesfallen für Arbeiter:innengemeinden fungieren.

Für ein ökologisches-sozialistisches Programm um uns vor dem Hitze- Tot zu retten!

Es ist klar, dass wir von denen, die Teil des Problems sind, keine Lösungen erwarten können. Der Kampf gegen die Hitzewelle ist der Kampf darum, die Kontrolle über Fabriken, Städte und die Natur aus den Händen des kapitalistischen Marktes zu entreißen. Um auf die unmittelbare Krise zu reagieren und für die Zukunft zu planen, muss sich die Arbeiter:Innenklasse unter einem ökologisch-sozialistischen Programm, aus Übergangsforderungen organisieren:

1. Niemand sollte wegen der Hitze bei der Arbeit sterben! Arbeiter:Innenkontrolle über die Produktion: Wir fordern die verbindliche Einrichtung von Gesundheits- und Sicherheitsausschüssen an allen Arbeitsstätten, die verbindlich von den Arbeiter:innen selbst geleitet werden. Jede:r Arbeiter:In muss das gesetzliche Recht haben, die Produktion zu stoppen oder die Arbeit zu verweigern, wenn die Hitzebelastung sichere Grenzwerte überschreitet, ohne dass ihm/r dadurch Lohnausfälle entstehen. Garantierte Pflichtpausen, verkürzte Arbeitszeiten bei Alarmstufen „Orange“ und „Rot“ sowie uneingeschränkter Zugang zu Trinkwasser und Schatten.
2. Mietstreik gegen unzureichende Wohnverhältnisse: Sofortige Aussetzung der Mietzahlungen für alle Mieter:innen, die in Wohnungen leben, die während der heißesten Monate des Jahres als thermisch unzureichend eingestuft wurden. Vermieter:Innen und große Investmentfonds müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Sanierung und umweltfreundliche Dämmung der Wohnungen zu finanzieren – andernfalls droht die Enteignung.
3. Das Recht auf Abkühlung ist ein Menschenrecht: Bedingungsloser 24-Stunden-Zugang zu öffentlichen, klimatisierten Unterkünften, die mit CO_2-freier Energie betrieben werden, ein Verbot der Wasserabschaltung wegen Nichtzahlung sowie freier Zugang zu Schwimmbädern und Trinkwasserstellen in allen Arbeiter:innenvierteln und die Sanierung von Gewässern für die öffentliche Nutzung unter Aufsicht von Rettungsschwimmer:innen.
4. Notfallplan zur Bekämpfung von Immobilienspekulation: Ein vollständiges

Verbot neuer Erschließungsvorhaben. Enteignung spekulativer Bauunternehmen, um ein groß angelegtes nationales Programm zur Renaturierung der Städte auf den Weg zu bringen, finanziert durch Sondersteuern für Ölkonzerne (wie TotalEnergies) und die Superreichen sowie durch die Streichung des Kriegsbudgets. Wir müssen unnötigen Asphalt aufreißen und städtische Wälder mit hochgewachsenen Bäumen pflanzen, um Arbeiter:Innenviertel zu kühlen.

5. Ökologische Planung angesichts des Klimawandels. Es ist notwendig, auf der Ebene der Infrastrukturstandards eine ökologische Planung umzusetzen, die künftige Wetterschwankungen berücksichtigt (und somit verhindert, dass Straßenbahnschienen mitten in einer Hitzewelle schmelzen), die von Fachkräften unter der Leitung eines wissenschaftlichen Beirats durchgeführt wird.

Die Klimakrise ist bereits da, doch ihr Ausgang wird nicht nur von den Gesetzen der Physik bestimmt, sondern vorallem von den Gesetzen des Klassenkampfs. Der Kapitalismus verbrennt uns bei lebendigem Leib; lasst uns unsere Wut nutzen, um ihn zu zerstören und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der unser Leben mehr wert ist als ihre Profite.

Anmerkung: Dieser Artikel stützt sich auf epidemiologische Daten und Medienberichte aus den Berichten von „Santé publique France“ vom 3. Juli 2026 sowie auf die Recherchen von „Mediapart“ vom Juni 2026.

Aktionsprogramm für die Linksjugend [’solid]!

Wir veröffentlichen hier demnächst unser Aktionsprogramm für die Linksjugend [’solid].

Partei Die Linke: Gegen eine Regierungsbeteiligung in Berlin, für den Klassenkampf!

Von Joseph M., November 2026, 6 Minuten Lesezeit

Die Linkspartei verkauft ihre Positionen und Wahlversprechen für die Chance auf eine Regierung, unterstützt die Staatsräson und versucht, die linken Kräfte in der Partei, allen voran die LAG-Palästinasolidarität und prominente Mitglieder wie Hannah Bruns, zu isolieren und aus der Partei auszuschließen oder wie bei der Abgeordneten Vanessa Emde zum Mandatsrücktritt zu drängen.

Wer ab Anfang Oktober den Diskurs um die Sondierungs(vor)gespräche zwischen der Partei die Linke (PdL), den Grünen und der SPD in Berlin verfolgt hat, hat wahrscheinlich ebenso wie wir mit einigem Schreck und großer Frustration die sogenannte Berliner Erklärung gelesen. Das Papier stellt eine Reihe von Zielen auf, die sozusagen als Mindestbedingung für Koalitionsgespräche zwischen den drei Parteien gemeinschaftlich beschlossen werden. Inhaltlich wirft es die palästinasolidarischen Kräfte Berlins vor den Bus. Auf schon bekannte Weise wird im Papier absichtlich der Unterschied zwischen dem Schutz jüdischen Lebens und der Unterstützung des Staates Israel verwischt. Der Kampf gegen Völkermord und für ein freies Palästina wird mit Antisemitismus gleichgesetzt. Gleichzeitig wird dabei Siedlerkolonialismus implizit als etwas “jüdisches” gemeint – eine Gleichsetzung, die selbst antisemitisch ist. Die BDS – Kampagne wird im Schreiben abgelehnt und Kooperationen zwischen israelischen und deutschen Unternehmen unterstützt. Auf ebenso bekannte Weise wird sich für eine Ausweitung der Kompetenzen des Verfassungsschutzes und der Polizei stark gemacht, alles natürlich “zum

Schutz jüdischen Lebens”. Die reaktionären Forderungen dieses Papiers sind nicht neu, stehen aber im massiven Widerspruch zu den Beschlüssen der Linken, und den Positionen die im Wahlkampf formuliert wurden.

Mitregieren- um jeden Preis?

Der Schwenk (zurück) in Richtung Staatsräson kommt aber nicht, weil ganze Basis der Partei plötzlich ihre Meinung zum Genozid geändert hat. Was wir bei Positionen um die Palästinasolidarität beobachten können, sehen wir auch bei Positionen rund um die Frage der Umsetzung des Volksentscheides “Deutsche Wohnen und Co. enteignen”, bei Fragen zu Sozialem, zur Polizei und weiteren. Es geht hier um eine Annäherung (der Parteispitze und des rechten Flügels der Partei) an die beiden möglichen Koalitionspartner SPD und Grüne, einen Ausfallschritt nach Rechts – und damit um die Frage des (mit)Regierens im bürgerlichen Staat. Schon als der Volksentscheid gewählt wurde, hat die Linke das Verschleppen mitgetragen und die Bewegung ausverkauft. Die Parteispitze macht die Partei bereit für eine Kompromiss-Regierung, die vor linker Politik zurückschreckt – was nach fehlendem Rückgrat aussieht, ist die logische Konsequenz des Reformismus, egal wie links er sich präsentiert.

„Ich habe die Linkspartei aber gewählt„

Ja, wir auch. Wir sind sogar teilweise aktiv in der Partei, vor allem in ihrer Jugendorganisation. Auch sie (die Linksjugend [’solid] Berlin) will übrigens per ihrer Beschlusslage nicht, dass die Partei mitregiert. Ein wichtiger Knackpunkt ist hier der Grund, warum so viele linke, jugendliche und migrantische Menschen die Partei überhaupt gewählt haben. Die Mieten in Berlin sind unleistbar und ein Ende ihrer Steigerung ist nicht in Sicht. Bus- und Bahn sind zu teuer und nicht pünktlich. Die Löhne halten nicht mit den Preissteigerungen mit. Unsere Schulen verrotten und jetzt werden wir auch noch zwangsgemustert. Und wenn wir uns für die Freiheit der Palästinenser:inenn stark machen oder für eine Zukunft ohne Kriege und Wehrpflicht auf die Straße gehen, werden wir auf offener Straße von Bullen verprügelt. Eine sozialistische Antwort darauf zu suchen ist notwendig, doch

sie liegt nicht in der Verwaltung des bestehenden Systems.

Zum Beispiel macht der Sachzwang des begrenzten Berliner Haushalts einen Kürzungsstopp von Bildungs- und Gesundheitswesen fast unmöglich. Noch schwieriger wird es bei Enteignungen, die nach den Regeln des aktuellen Systems voraussichtlich ein Vermögen kosten werden. Und in einer möglichen Koalition müssten diese Positionen durch Kompromisse noch weiter aufgeweicht werden. Die Grünen und die SPD haben kein ernsthaftes Interesse an Vergesellschaftung; und schon gar nicht von einem Ende der Aufrüstung, der Wehrpflicht oder den Waffenlieferungen an Israel, Türkei und Emirate. Um unter anderem den "Preis" der Koalition herunterzutreiben, werden sie auch noch kräftig von einer medialen Hetzkampagne gegen die Linkspartei von Springer & Co. unterstützt.

Der Kampf für Reformen ist wichtig und richtig…

Wenn wir nun sagen, dass die PdL nicht mitregieren soll, stellen wir uns damit auch ausdrücklich gegen den Ausverkauf der teilweise sehr guten Reformen. Denn für deren Umsetzung sollten wir uns mit voller Kraft einsetzen. Wir sagen dazu, dass der Weg notwendige Verbesserungen durchzusetzen nicht primär über den parlamentarischen Verhandlungstisch geht, sondern wir diese erkämpfen müssen. Gleichzeitig sehen wir, dass die Mietverteuerung, die Aufrüstung, und die rassistische Polizeigewalt Ausdruck des Systems kapitalistischer Ausbeutung sind und von diesem immer weiter reproduziert werden. Und schließen daraus, dass nur eine Arbeiter:innenrevolution die Ursachen dieser Ausdrücke beseitigen kann. Die PdL ist keine revolutionäre Partei, aber in ihr und ihrer Jugend befinden sich immer mehr Genoss:innen, welche durch die Widersprüche unserer Zeit ebenfalls von dieser Perspektive überzeugt werden. Gleichzeitig setzt sich die Linkspartei den Anspruch eine organisierende Klassenpartei zu werden. Diesen Weg zu gehen, wird aber immer schwieriger werden, wenn die Linke der Arbeiter:innenklasse nicht glaubhaft vermitteln kann, dass sie für sie kämpfen will. Stellt euch mal vor, die Bullen, die unsere Streiks und Demos angreifen, sind von einer Regierung verwaltet, in der die Linke mitregiert.

Oder statt Lösungen für den Pflegenotstand gibt es weiterhin Panzer für Pistorius – nur diesmal zusammen mit der Linkspartei. Wenn die Partei also langfristig für Verbesserungen kämpfen will, dann muss das aus der Opposition heraus passieren. In dieser können Abgeordnete der PdL Druck auf die Regierung ausüben, um Bewegungen unserer Klasse zu unterstützen, ohne sie zu verraten und die Arbeiter:innenbewegung in und- außerhalb des Parlaments stärken.

…der Kampf innerhalb der Partei auch!

Nicht alle Mitglieder der Partei sehen das so. Der Berliner Landesvorstand scheint okay mit opportunistischen Kompromissen zu sein, tauscht gern Prinzipien gegen Abgeordnetenposten und gut bezahlte Ämter ein. In vorauseilendem Gehorsam gegenüber SPD und Grünen distanziert sich dieser zum Teil gegen die parteiliche Beschlusslage von palästinasolidarischen Positionen- und Gliederungen. Und trägt sogar ein Ausschlussverfahren gegen die Aktivistin Hannah Bruns der LAG-Palästinasolidarität mit und fordert Vedi Emde ihr Mandat niederzulegen, obwohl sie fast 50 Prozent in ihrem Wahlbezirk gewählt haben. Der Kampf gegen die Regierungsbeteiligung und für eine sozialistische Perspektive der Partei muss also ganz klar gegen diesen Flügel geführt werden. Daraus ergeben sich Aufgaben für Revolutionäre in der Partei Die Linke und der Linksjugend Solid:

- Beteiligt euch an der Vernetzung “Linke in der Linken (LidL)”. Organisiert euch mit anderen Genoss:innen, diskutiert über den Kampf gegen die Regierungsbeteiligung! Stimmt in der Berliner Urabstimmung über den Koalitionsvertrag mit Nein!
- Diskutiert das Sondierungspapier und die Berliner Erklärung in euren Basisorganisationen-und Gruppen. Setzt eure Kandidierenden und Abgeordneten unter Druck, sich zu positionieren.
- Macht euch stark gegen die (innerparteiliche) Repression gegen Palästinasolidarität und solidarisiert euch wie wir mit den betroffenen Genoss:innen, setzt euch gegen ihren Ausschluss ein!
- Kämpft gegen den Ausverkauf der Solidarität mit allen Unterdrückten, des Volksentscheid und einer klaren Kante gegen Rassismus! Für den Aufbau

einer revolutionär-marxistischen Strömung innerhalb der Linksjugend und PDL! Für den Aufbau einer Arbeiter:innenpartei auf Basis eines revolutionären Programms!

Youth Strike on November 20 – The rich want war? Lets organize against them!

By Yorick F., 4 minutes reading time

The world is on fire, both literally and metaphorically: the climate crisis, war, genocide, ever-increasing poverty, and the ever-clearer message from those in power to the youth and the working class: your lives are worth nothing except for the profit you generate for us. To ramp up the military-industrial complex and supply weapons for genocide, our schools, universities, and healthcare systems are being dismantled through budget cuts. While the climate is heading toward complete collapse, machines are being built that do nothing but destroy thousands of human lives, nature, and the climate.

None of this is a coincidence; these are expressions of imperialism, the highest stage of capitalism. In a struggle to redivide spheres of global influence, natural resources, and political power, major imperialist powers such as the U.S. or China but not only them also Germany, France, and Britain stand opposed to one another, each vying for its place in the sun. Young people and the working class bear the brunt of this: whether in Palestine, Lebanon, Sudan, the Congo, Venezuela, Iran, Cuba, or Ukraine; whether in dilapidated schools; or in compulsory military service and conscription drives designed to send us to our deaths for their profits—everywhere we face a common enemy: the imperialist world system. We recognize, that we need a revolutionary break toward socialism with this

barbaric and destructive system.

That is why we support and welcome the manifesto of the International Youth and Student Strikes calling for mobilization on November 20. This manifesto is a major step in the right direction! Currently, we are seeing youth uprisings across Europe against the effects of the EU's military buildup: in Germany, school strikes against conscription—which serve as an important inspiration for the International Youth Strike—strikes against the hijab ban in Austria and Aserbaidschan, student protests in France against schools being cut to pieces by austerity measures that are currently spreading to Belgium, Albania and other European countries, and mass protests in Spain And Portugal against rising rents putting up huge encampments just in the past months. For these movements to succeed, they must be conceived collectively and, above all, fought for collectively!

We as the ISL support this call and want to actively participate in it! We call on all young people and workers to take to the streets with us across Europe and around the world and take a step toward an international movement against war and crisis!

At the same time, it remains important to discuss our perspectives and strategies:

As the ISL, we propose the following points for the way forward; we invite all groups and activists to discuss these with us and join our ranks:

1. It must not stop at a single strike!

A movement against militarization worldwide needs more than a single strike; it requires regular, internationally coordinated actions that not only bring people onto the streets but also build solid structures—both internationally and locally, in universities, schools, and workplaces—that can sustain and carry the movement. These actions should be coordinated internationally, which requires clear and transparent structures in which all organizations in the alliance can and should participate.

2. Concrete links to ongoing wars.

Solidarity must be put into practice; calls for solidarity with specific wars, genocides, and all states affected by imperialist aggression are important and correct, but we need a debate on how we can put our solidarity into practice. We must recognize that the most important step in this regard is to fight the imperialist beast at its very heart—in the imperialist states of the EU, in Russia, the US, Japan or China. This may mean organizing resistance against existing or planned production facilities and transport hubs for military equipment. At the same time, we should support actions such as the flotilla to Gaza or the International Solidarity Convoy to Ukraine; even if these are primarily humanitarian projects, we must use these moments for political purposes.

3. We need a strategic discussion!

The Youth Strike Alliance consists of various organizations from different countries, each with its own agenda. What unites us is our desire to take a stand against militarization and imperialism on an international level. At the same time, we have different ideas about what that means in concrete terms and how we can achieve it; this must not mean that we agree only on issues where there is relative consensus—it must also mean that we can discuss controversial points honestly, openly, and in a spirit of solidarity. To this end, we propose holding a Youth Strike strategy conference and call for a global International Conference of the Youth of the World, after November 20 to discuss strategy, direction, and tactics for building a powerful movement; only together can we effectively oppose rearmament and militarization and the imperialist word system. We call on all organizations and activists who agree with this ideas to join our organizations in each country to fight, together, for a revolutionary perspective.

Long live international solidarity!

Youth Strike am 20. November – für revolutionären Internationalismus gegen Krieg und Imperialismus!

von Yorick F., Aufruf der Internationalen Sozialistische Liga, 4 Minuten Lesezeit

Die Welt brennt, literarisch und metaphorisch: Klimakrise, Krieg, Genozid, immer weiter wachsende Armut und die immer klarere Botschaft der Herrschenden an Jugend und Arbeiter:innenklasse: Euer Leben ist nichts wert außer dem Profit, den ihr für uns erwirtschaftet. Um die Militärapparate hochzufahren und Waffen für Genozide zu liefern, werden unsere Schulen, Universitäten und Gesundheitssysteme kaputtgespart. Während das Klima auf den kompletten Kollaps zusteuert, werden Maschinen gebaut, welche nichts tun, als Tausende Menschenleben und Natur und Klima zu zerstören.

Das alles sind keine Zufälle, es sind Ausdrücke des Imperialismus, des höchsten Stadiums des Kapitalismus. In einem Kampf um die Neuaufteilung der Welt in Einflusssphären, Bodenschätze und politische Macht stehen sich imperialistische Großmächte wie die USA und China, aber nicht nur sie, auch Deutschland, Frankreich oder Britannien gegenüber und wollen ihren Platz an der Sonne haben. Die Jugend und die Arbeiter:innenklasse tragen die Kosten davon: ob in Palästina, Libanon, Sudan, Kongo, Venezuela, Iran, Kuba oder der Ukraine, ob in maroden Schulen, ob in Zwangsmilitärdiensten und Musterungen, die uns für ihre Profite in den Tod schicken sollen, überall stehen wir einem gemeinsamen Feind gegenüber: dem imperialistischen Weltsystem.

Deswegen unterstützen und begrüßen wir das Manifest des International

Youth and Student Strikes für die Mobilisierung für den 20. November. Dieses Manifest ist ein großer Schritt in die richtige Richtung! Aktuell sehen wir in ganz Europa Aufstände der Jugend gegen die Auswirkungen der Aufrüstung der EU: in Deutschland die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht, die eine wichtige Inspiration für den internationalen Youth Strike darstellen, Streiks gegen das Hidschabverbot in Österreich und Aserbaidschan, Schüler:innenproteste in Frankreich gegen kaputtgesparte Schulen, welche sich auch nach Belgien, Italien und Albanien verbreiten, oder Massenproteste in Spanien und Portugal gegen Mietenwucher, mit großen Protestcamps in den letzten Monaten. Damit diese Bewegungen gewinnen können, müssen sie gemeinsam gedacht und vor allem gemeinsam gekämpft werden!

Wir als Internationale Sozialistische Liga (ISL) unterstützen diesen Aufruf und wollen uns tatkräftig daran beteiligen! Wir rufen alle Jugendlichen und Arbeiter:innen auf, mit uns europaweit und global auf die Straße zu gehen und einen Schritt in Richtung einer internationalen Bewegung gegen Krieg und Krise zu setzen!

Gleichzeitig bleibt es wichtig, über Perspektive und Strategie zu diskutieren:

Als ISL schlagen wir folgende Punkte für den Weg nach vorne vor. Wir laden alle Gruppen und Aktivist:innen dazu ein, diese mit uns zu diskutieren und sich unseren Reihen anzuschließen:

1. Bei einem Streik darf es nicht bleiben!

Eine Bewegung gegen die Militarisierung weltweit braucht mehr als einen Streik, es braucht regelmäßige, international koordinierte Aktionen, welche zum einen Menschen auf die Straße bringen, aber gleichzeitig auch international und vor Ort, an Unis, Schule und im Betrieb, feste Strukturen bilden, welche die Bewegung tragen können. Diese Termine sollten international koordiniert werden. Hierfür braucht es klare und transparente Strukturen, in denen sich alle Organisationen des Bündnisses einbringen können und sollten.

2. Konkrete Verbindung mit existierenden Kriegen

Solidarität muss praktisch werden. Die Aufrufe zu Solidarität mit konkreten Kriegen, Genoziden und anderen von imperialistischer Aggression betroffenen Staaten sind wichtig und richtig, es braucht aber eine Debatte darüber, wie wir unsere Solidarität praktisch werden lassen können. Uns muss klar sein, dass der wichtigste Schritt dabei sein muss, gegen die imperialistische Bestie in einem ihrer eigenen Herzen, in den imperialistischen Staaten der EU, zu kämpfen. Das kann heißen, Widerstand gegen bestehende oder geplante Produktionsstätten und Transportzentren für Rüstungsgüter zu organisieren. Gleichzeitig sollten wir Aktionen wie die Flotilla nach Gaza oder den International Solidarity Convoy to Ukraine unterstützen. Auch wenn es sich dabei in erster Linie um humanitäre Projekte handelt, müssen wir diese Momente politisch nutzen.

3. Wir brauchen strategische Diskussion!

Das Youth-Strike-Bündnis besteht aus diversen Organisationen aus unterschiedlichen Ländern mit verschiedenen Programmen. Uns eint, dass wir der Militarisierung und dem Imperialismus etwas international entgegensetzen wollen. Gleichzeitig haben wir unterschiedliche Vorstellungen, was das konkret heißt und wie wir dahin kommen. Das darf nicht bedeuten, dass wir uns ausschließlich auf die Dinge verständigen, in denen relative Einigkeit besteht. Es muss gerade auch bedeuten, dass wir kontroverse Punkte ehrlich und solidarisch offen diskutieren können. Wir schlagen hierfür nach dem 20. November eine Strategiekonferenz des Youth Strike vor, um über Strategie, Ausrichtung und Taktik im Aufbau einer schlagkräftigen Bewegung zu diskutieren. Nur gemeinsam können wir Aufrüstung und Militarisierung wirksam etwas entgegensetzen. Wir rufen alle Organisationen und Aktivist:innen, die mit diesen Vorschlägen übereinstimmen, auf, sich unseren Organisationen in allen Ländern anzuschließen, um gemeinsam zu kämpfen für eine revolutionäre Perspektive!

Hoch die internationale Solidarität!

Revo vor Ort: Schulblockade in Berlin

von tacco Blumkohl, Oktober 2026, 3 Minuten Lesezeit

Schon früh am Freitagmorgen trafen sich einige Schüler:innen des Andreasgymnasium mit Unterstützenden aus dem Ost-Schulstreikkomitee am nahegelegenen Straußberger Platz. Nach einer Besprechung mit einer Einweisung durch die lokalen Schüler:innen und einer Zuteilung in Gruppen stand der Plan, sowohl den Hintereingang als auch den Vordereingang zu blockieren.

Vor Ort schafften wir es mit Bauzäunen, Mülltonnen, Ästen und anderem Zeug die Tore der Schule zu versperren, sodass um 7:20 die Blockade stand und sowohl ankommende SchülerInnen als auch Lehrkräfte nicht regulär in die Schule konnten. Kurze Zeit später kamen weitere organisierte Unterstützer:innen bei der Blockade an und brachten gute Stimmung mit. Mit Parolen und selbstbesprühten Transpis stand die Blockade bei Schulbeginn. Als die Polizei eintraf, war die Blockade schon stabil und geschlossen.

Über die Zeit schlossen sich immer mehr Schüler:innen des Andreasgymnasium der Blockadeaktion an. Auch Schüler:innen anderer Schulen und verschiedene Beschäftigte kamen zur Unterstützung. Bei einem Räumungsversuch des Hintereingangs gingen die Polizisten auf die Schüler:innen los. Trotz Schlägen, Schubsen und einer Festnahme ließen wir uns nicht einschüchtern. Die Blockade blieb stehen.

Währenddessen waren viele Schüler:innen auf und neben dem Spielplatz auf

der Vorderseite versammelt. Aus Gesprächen mit Schüler:innen, selbst der die nicht Teil der Blockade waren, wurde eine klare Positionierung gegen Sozialkürzungen und Militarisierung ausgedrückt. Als deutlich wurde, dass die Blockade weiterhin bestehen bleibt, wurden jüngere Schüler:innen in die Turnhalle gebracht, aus der sie nicht wieder rausdurften. Bis dann entschieden wurde den Unterricht in die nahegelegene Ellen-Key-Schule umzulegen.

Zur selben Zeit verstärkte sich die Polizeipräsenz am Hintereingang und sorgte durch aktives Nähern, Drohungen an den Versammlungsleiter und der Versperrung von Fluchtwegen durch Bauzäunen für eine angespannte Stimmung. Die Polizei verstand einfach nicht, warum sich Leute vermummen, während sie schützend dem mittlerweile auch anwesenden Nazi-Streamer die Aufnahmen von den Schüler:innen ermöglichte. Nachdem nun klar war, dass die Blockade erfolgreich den regulären Unterricht an diesem Tag verhindert hatte, wurde eine Demonstration zum Ellen-Key-Schule spontan angemeldet, sodass wir gesammelt und sicher vor weiteren Festnahmen und Gewalt der Polizei die Blockade auflösen konnten. Mittlerweile waren ungefähr 3 gerüstete Polizisten pro Demoteilnehmer:innen dort, um uns zu begleiten.

So endete die erfolgreiche Blockade des Andreasgymnasium und zeigt uns, dass die Aktionsform nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland möglich ist. Wir haben bewiesen wie viel Macht wir als Schüler:innen und Jugendliche haben.

Dafür reicht es nicht nur die Energie von organisierten Schüler:innen, Jugendlichen und ihren Gruppen. Für die Ausweitung der Blocusbewegung müssen wir Strukturen der Schüler:innen unter Selbstverwaltung schaffen in den wir über Positionen streiten können und dann unser Vorgehen gemeinsam beschließen, um so unsere Handlungsfähigkeit zu stärken und die breite Schüler:innenschaft zu politisieren! Im Alltag in der Schule durch den Aufbau von Schulgruppen und Durchführung von Vollversammlungen aber auch in den Blockaden, z.B. durch Delegiertenversammlungen der Schüler:innenschaft oder Vollversammlungen im Anschluss wie in Hamburg – welche auch eine Koordination für die weitere Aktionen wählen können.

Nun müssen wir also die Bewegung weiter ausbauen, lokale Schulgruppen aufbauen und unsere Solidarität auch mit streikenden Arbeiter:innen wie mit unseren Lehrkräften und Sozialarbeiter:innen einen Ausdruck verleihen, um nach den Ferien als Blockade- und Streikbewegung erst richtig loszulegen.

Blocus überall schaffen! 4 Punkte für: wie weiter?

ein Aufruf von REVOLUTION, Oktober 2026, 2 Minuten Lesezeit

Gestern hat das französische Gymnasium in Berlin den Anfang gemacht die Kämpfe der mutigen Schüler:innen in Frankreich auf unsere Schulen in Deutschland auszuweiten. Gestern gab es das erste Blocus in Deutschland.Wir sagen: Es braucht Blocus an jeder Schule in Deutschland! Praktische Solidarität mit unseren französischen Geschwistern heißt mit ihnen zu Kämpfen: gegen Aufrüstung, Genozid und kaputte Schulen. Gegen rassistische Spaltung und sexistische Lehrkräfte. Doch wie machen wir das?#

1. Nutzen wir die Strukturen die wir im letzten Jahr durch unsere Schulstreikbewegung geschaffen haben. Alle Schulstreikkomitees sollten Blocus an Schulen organisieren, lasst uns alle Schulen blockieren. Bringt in eure lokalen Komitees diesen Vorschlag ein und macht Solidaritätsstaments mit den existierenden Blocus!

2. Haltet auf den Blocus große Versammlung aller Schüler:innen ab, auf denen man abstimmt für: 1. Solidarität mit Schüler:innen in Frankreich 2. Aufruft zum internationalen Jugendstreik am 20.11. und 3. die Lehrer:innen aufruft die Blocus und Streiks zu unterstützen! Das kann man über Texte z.B. auf Instagram oder als Video!

3. Bildet Komitees an den Schulen, sofern es noch keine gibt und erarbeitet gemeinsam Forderungen für Verbesserungen an euerer Schule, einen Plan Druck zu machen um diese umzusetzen und überlegt wie ihr so viele wir möglich auf den Jugendstreik am 20.11. bringt!

4. Vernetzt euch mit anderen Schulen und organisiert demokratische Versammlungen in eurer Stadt von allen Schulen, wo weiter Pläne abgestimmt werden können! Die Streikkomitees können das unterstützen und helfen zu verwirklichen!

Schreibt uns eine Nachricht um das gemeinsam umzusetzen und unsere Wut über die Umstände an unsere Schulen und auf die Straßen tragen! Blocus an allen Schulen und raus zum internationalen Schulstreik am 20.11.

Ohne Druck wird sich nichts verändern, Jugendstreik in allen Ländern!

Frankreichs Jugend im Streik! Kürzungspolitik, Polizeigewalt und rassistische Ausgrenzung

von Simon Says, Oktober 2026, 10 Minuten Lesedauer

„Jedes Mal, wenn wir versuchen, unsere Stimme zu erheben oder zu demonstrieren, werden wir wie kleine Kinder behandelt. Aber wenn es darum geht, die Bullen auf uns zu hetzen, behandeln sie uns wie Erwachsene.“ **so Miriam (16) Schülerin aus Montreuil.**

Was am 24.10. mit der ersten Blockade am Lycée Saint-Exupéry in der Île-de-France startete breitete sich zu Protesten und Streiks in über 600 Lycées

(Gymnasien) und über 30 Hochschulen aus! Die Jugend geht auf die Straße gegen ihre kaputtgesparten Schulen, schlechte Lernbedingungen, Lehrkräftemangel, rassistische Ausgrenzung und Pläne der Regierung, alle in eine noch beschissenere Lage zu kürzen!

Die aktuelle Lage

*„Man schießt der Jugend ein Auge aus, so wie sie es mit den Gelbwesten getan haben“***Ryad Rani, Präsident der Schülergewerkschaft *Union syndicale lycéenn.***

Mittlerweile sollten viele davon mitbekommen haben, die Jugend in Frankreich kämpft für ihre Stimme, ihre Bildung und gegen „ihren“ Staat, der es besonders Armen und rassistisch Unterdrückten schwerer und schwerer macht. In weniger als 10 Tagen hat sie es geschafft, dass an rund einem Viertel aller Lycées der Unterricht stillsteht und es werden täglich mehr! Und das alles ohne langwierige Organisation im Voraus. Was die Proteste trägt ist die berechtigte Wut der Schüler:innen. Schon bald schlossen sich auch Student:innen ihnen an und taten es ihnen gleich an den Unis. Auch Lehrer:innen unterstützen, viele protestieren mit und schützten ihre Schüler:innen beispielsweise mit Menschenketten vor der Polizei!

Die Lage an den Schulen der sogenannten Banlieues (den armen Vororten von Großstädten wie Paris) ist katastrophal. Die Schulgebäude sind marode und kaputtgespart, Schimmel, kaputte Klos, fehlende Heizungen, einstürzende Fenster und Decken und alles was dazu gehört ist hier Normalität! Die Lehrkräfte sind massiv unterbesetzt und unterbezahlt, daraus folgt Überlastung und schlechterer Unterricht. Ein großer Ausgangspunkt war auch der immer weiter steigende schulische Druck und gottlose Stundenpläne. Das Konzept des „8-18 Uhr Unterrichts“ und zu kurze Pausen bringen alle an den Schulen immer weiter in die Überlastung! Hier ist leider auch zu wenig Platz um sich ausreichend über das Auswahlsystem nach den Gymnasien aufzuregen, welches es für Arbeiter:innenkindern, Armen und rassistisch Unterdrückte besonders schwer macht, überhaupt höhere Bildung zu erhalten.

Fakt ist jedenfalls, es läuft beschissen für die Schüler:innen in Frankreich, so beschissen, dass sie jetzt die Nase voll haben!

Die Antwort des Staates

„Jeden Tag schickt man uns Polizisten, aber niemals Lösungen.“ **Eine Schülerin aus Beaumont-sur-Oise.**

Die Diener:innen der Staatsmacht, die seit jeher auf die Missstände scheißt, die sie geschaffen hat, rückten mit aller Brutalität an! Es gab bereits über 3000 Verhaftungen und weit über 200 verletzte Schüler:innen! Da wo besetzt und gestreikt wird, ist im nächsten Moment die Bullerei in Kampfausrüstung da und versucht das mit aller Kraft zu verhindern!

„Wir sind um sechs Uhr morgens angekommen, und jedes Mal, wenn wir versucht haben, die Blockade aufzubauen, ist die Polizei eingeschritten. Sie sind auf uns losgegangen und haben uns herumgeschubst, aber wir haben eine Menschenkette gebildet, um standzuhalten.“ **Mila, Schülerin in Montpellier.**

Die besonders beschissenen Lebensumstände der ärmsten Teile der Arbeiter:innenklasse und ihrer Jugend sind eben nicht Fehler im System sondern klarer Ausdruck davon! An dem Punkt wo „Pöbel“ sich auflehnt und das nicht bloß mit leicht zu ignorierenden Petitionen und friedlicher Beteiligung an der bürgerlichen Demokratie, kommt der kapitalistische Staat um die Ecke und macht klar wer und welche Interessen hier zählen. Er duldet keine Form von Gegenmacht von unten. Nicht die Arbeiter:innen sollen bestimmen, sondern das Kapital! Und wir als Jugend sollen schon früh lernen, wie der Hase läuft, im Zweifelsfall mit Gewalt. Auch hier in Deutschland haben wir das immer wieder erfahren müssen, etwa bei Demonstrationen in Solidarität mit Palästina, der Klimabewegung oder auch auf dem jüngsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht in Berlin.

Die Wut ist nicht neu!

Hier ist das Konzept der sogenannten Banlieues ganz bedeutend! Auch hier

gäb es so viel darüber zu erzählen, aber kurzgesagt:
Sie waren v.a. nach dem zweiten Weltkrieg errichtete Stadtviertel für das französische Industriekapital. Hier sammelten sich Arbeiter:innen aus den ehemaligen Kolonien und einfache Fabrikarbeiter:innen aus dem ganzen Land in schnell hochgezogenen Siedlungen. Seitdem die Fabrikarbeit ab den 70er Jahren durch Verlagerung ins Ausland (v.a. Halbkolonien) deutlich gesunken ist, fielen viele der Bewohner:innen in Perspektivlosigkeit. Ähnliches kennen wir aus vielen ostdeutschen Städten oder dem Ruhrgebiet.

Es entwickelte sich hohe Arbeitslosigkeit und massive soziale Ausgrenzung, insbesondere migrantisierte Menschen wurden in die Banlieus gedrängt. Die Menschen hier sollten jetzt für einen Hungerlohn den Billiglohnsektor, v.a. in den nahen Großstädten, auffüllen und bitte dabei ihren Mund halten.

Was jetzt noch der Sargnagel für die Menschen vor Ort ist, ist die Sparpolitik, die natürlich auch in Frankreich mit der Militarisierung Hand in Hand geht. Allein was die Regierung unter Sebastian Lecornu am 1. Oktober 2026 vorgestellt hatte ist zum Kotzen! In dem 54 Milliarden Kürzungspaket finden sich massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst, 2,5 Mrd. für den Arbeitsmarkt, 4 Mrd. für die Rente, strengere Begrenzungen bei Krankengeld und Entschädigung bei Arbeitsunfällen. Eine verpflichtende Studiengebühr von 270 Euro war ebenfalls vorgesehen, wurde aber bereits zurückgenommen. Und wohlgemerkt, das sind die Pläne die obendrauf auf vorherige Kürzungen und die bereits zuvor fatale Lage im Moment!

Frankreich ist ein Land was sich damit brüsten darf auch mal auf den Putz zu hauen, wenn der Staat scheiße abzieht. Und so oft wie dort die Hütte brennt, denken wir an die Gelbwesten-Bewegung oder die Bewegung gegen die Rentenreform 2022, sieht man schon wie viele und regelmäßige Angriffe auf die Arbeiter:innen und Armen es dort immer wieder gibt.

Der Rassismus in Frankreich

Die Wut kommt aber eben auch aus der besonders starken Unterdrückung von POCs. Die „Tradition“ aus der Zeit französischer Kolonialverbrechen, PoCs in prekäre Jobs zu zwingen, sie aus der Gesellschaft und der restlichen

Arbeiter:innenklasse zu isolieren und extremst zu überwachen, wird auch heute nahtlos fortgeführt! Rassismus ist sowohl in seiner Funktion für den französischen Staat und das Kapital essenziell, aber auch immer noch tief in der Gesellschaft verankert, was auch mit dem aktuellen Rechtsruck immer weiter befeuert wird.

Zum einen sieht man das an den Banlieus, den Armutsvierteln, wo PoCs ohne Aufstiegschancen hingedrängt und in den letzten Jahrzehenten Eingewanderte direkt dorthin gesiedelt wurden. Von dort aus gibt es wenige Auswege, das System ist darauf ausgelegt, die Armut von Generation zu Generation weiter zu geben und Menschen weiterhin in den Billiglohnsektor zu zwingen. Was man an der schlechteren und unzugänglichen Bildung sieht, an den Schulen wo die Proteste ihren Ausgangspunkt nahmen.
Die Überwachung und Kriminalisierung der Banlieus ist stark ausgeprägt. Die Polizei steht an allen Ecken und Enden und kontrolliert und schikaniert v.a. migrantisierte Jugendliche Tag für Tag! Die Kontrollen merkt man auch an den Schulen.

Rund um Gymnasien werden für Hunderttausende Videoüberwachungssysteme angebracht und Polizeikontrollen auf dem Schulweg gehören zum Alltag. Hier wird pauschal jede PoC wie ein Krimineller behandelt. Für den Ausbau der Repressionsorgane hat der Staat Geld, aber für die Lösung der sozialen Probleme, die womöglich erst Jugendliche in die Kriminalität treibt, da ist nichts da!

„Wir führen diese Blockade durch, um unsere Unzufriedenheit mit dem Schulsystem zu zeigen. Die Regierung kümmert sich nur um unser Kopftuch, anstatt uns Lehrer in allen Fächern zur Verfügung zu stellen“ **Schülerin aus Sarcelles**.

Der Rassismus geht auch im Schulalltag weiter, seit 2004 existiert in Frankreich das Kopftuchverbot, auch für zu lange Röcke werden muslimische Schüler:innen bestraft. Antimuslimischer Rassismus in Reinform! Schüler:innen berichten von willkürlichen Bestrafungen in den Schulen mit vorgeschobenen Gründen, v.a. gegenüber rassistisch Unterdrückten. Ein weiteres Mittel dafür stellt das Handyverbot dar, welches es den

Schulleitungen und Lehrkräften noch einfacher macht dem Rassismus freien Lauf zu lassen, denn dokumentiert werden kann dieser nicht! Erinnern wir uns an das Video aus der Ernst-Abbe-Schule in Neukölln, wo ein Lehrer einen Schüler für das Zeigen einer Palästina Flagge schlägt. In Frankreich hätte dieses Video gar nicht entstehen können, nicht entstehen sollen.

Was kann die Jugend in Deutschland davon lernen?

Auch hier waren Jugendliche zur selben Zeit auf der Straße und sind in den Streik getreten, doch nicht bloß im kämpferischem in der allgemeinen Schüler:innenschaft sollte man sich eine Scheibe abschneiden! Auch wenn die Organisierung spontan war gibt es in Frankreich bereits landesweit Organisation in Strukturen der Gegenmacht von unten! Landesweit organisierte Schüler:innengewerkschaften. Das ist es, was wir auch in Deutschland (und Österreich) aufbauen müssen, um den Schulstreik voran zu bringen und auszuweiten! Bereits bestehende Schulgruppen müssen sich bundesweit vernetzen und auf regelmäßigen Deligiertentreffen darüber beraten, wie der Kampf weitergeführt und intensiviert werden kann! Und wir müssen wegkommen davon, Streik bloß zu verstehen als ein dem Unterricht fernbleiben und stattdessen demonstrieren. Das hat bereits die Fridays for Future Bewegung nicht zum Sieg geführt. Stattdessen müssen wir, wie unsere Genoss:innen in Frankreich, den Protest an die Schulen selber tragen! Mülltonnen mit denen wir die Einfahrt verbarrikadieren, und so den Schulbetrieb wirklich unmöglich machen, könnten, gibt es bei uns schließlich auch. Und der deutsche Staat wäre schnell in Bedrängnis, wenn wir sagen: Bundeswehr raus aus den Schulen, Wehrpflicht wieder abschaffen – Sonst findet kein Unterricht mehr statt!

Solidarität mit den Streikenden!

Vollste Solidarität mit unseren Klassengeschwistern in Frankreich! Ihr habt so viel Recht wie es nur geht mit euren Besetzungen und Streiks! Die Schule muss organisiert werden von uns selbst, von Räten aus Schüler:innen und Lehrer:innen! Was und wie wir lernen wollen ist unsere Sache! Und das Geld

das wir dafür brauchen, das nehmen wir uns durch massive Besteuerung der Reichen und Konzerne, in Frankreich wie in Deutschland!

Letztendlich darf es aber nicht dabei bleiben, dass die Jugend in jedem Land ihr eigenes Ding fährt! Die Wurzel des Problems der Sparpolitik, der Militarisierung, des Rechtsrucks und des Rassismus ist egal wo die selbe, das imperialistische Weltsystem! V.a. in Europa gilt es den Kampf gemeinsam zu führen, gegen den EU-Imperialismus, seine Ambitionen, seine Kriege und seinen Militarismus. Der in Zeiten der Krise und im Kampf um die Neuaufteilung der Welt seine Lasten auf uns und auf all unsere Klassengeschwister in allen Nationen legt, insbesondere auf diejenigen in Halbkolonien! So sind die Bedingungen der Jugendlichen im „Francafrique", den noch immer wirtschaftlich abhängigen ehemaligen Kolonien Frankreichs, noch wesentlich beschissener als in Frankreich selbst! Die Jugend ist, genauso wie die Arbeiter:innenklasse, international, also müssen wir auch zur gemeinsamen Kraft werden und international kämpfen!

Wir fordern:

- Geld für unsere Bildung, statt für den Krieg – Wir wollen selbstbestimmt und komfortabel für unsere Zukunft lernen können, nicht dass unsere Zukunft im Schützengraben endet!
- Ob Deutschland oder Frankreich: Kampf dem Staat und seinen Repressionsorganen! Für eine Entwaffnung der Polizei und Ersetzung durch Selbstschutzorgane aus den Betrieben, Schulen und Nachbarschaften! Für die Sicherheit von Arbeiter:innenkiez und Banlieu sollten die Bewohner:innen selber sorgen – Keine staatlichen Schlägerbanden!
- Stoppt jeden Rassismus! Für volle Staatsbürger:innenrechte für alle, dort wo sie leben! Für selbstverwaltete Antidiskriminierungsstellen in Schulen, Hochschulen, Betrieben, etc.! Für Religionsfreiheit und gegen rassistisch motivierte Kleidungsvorschriften!
- Für ein massives Investitionsprogramm in Schulen, Universitäten, Jugendzentren und jegliche Infrastruktur, die für Arbeiter:innen, Jugendliche und sonstige Unterdrückte relevant ist! Insbesondere dort, wo es am meisten gebraucht wird, also in den Banlieus und sonstigen Arbeiter:innenvierteln! Finanziert durch Besteuerung der Reichen und Konzerne!

Oktoberfest: Zwischen Übergriffen, Nationalistischem Trachtenfasching und Gaudi

Robin Zirvena, Oktober 2026, 9 Minuten Lesezeit

Die Wiesn: Ein Volksfest der gemischten Gefühle

Es ist wieder Oktoberfest Zeit. Für manche das höchste der Gefühle, für andere ein Grund das Münchner Stadtzentrum für zwei Wochen zu meiden.

Egal ob man nun regelmäßiger Wiesn-gänger ist oder nicht, die wenigsten Münchner:innen würden leugnen, dass die Wiesn grundlegend mit Exzess, Übergriffen und Kommerz verbunden ist. Das Ganze ist ein zunehmend teurer Spaß. 2026 liegt der Preis für eine Maß, also einen Krug (ca. 1 Liter) Bier, zwischen 14,80 und 15,90€. Die Preise für Essen in den Zelten und an den Buden sind ebenfalls hoch, und mit den Fahrgeschäften ist es nicht anders. Für Erwachsene kostet eine Fahrt auf der „Alpinabahn“ 10€, so auch eine Runde auf dem „Bayerntower“, dem „Chaos-Pendel“ oder dem „Hangover“.

Auch wenn das Oktoberfest breite Teile Münchens anzieht, und noch mehr Besucher von außerhalb und aus dem Ausland, bleibt es dennoch eine Frage des Geldbeutels. Wer es sich nicht leisten kann, mit dem Rest der Freundesgruppe ins Bierzelt zu gehen, am besten ausgestattet in Dirndl oder Lederhosen, der kann auch mal Anschluss verlieren in der teuersten Stadt Deutschlands.

Eine Umfrage aus dem Jahr 2023 untersuchte Meinungen zur Wiesn: Dabei fallen einige Angaben ins Auge: Am meisten stören sich die Befragten an den

Preisen, Frauen und Männer sind sich in diesem Punkt ziemlich einig. An zweiter Stelle folgen die Menschenmassen; laut der Umfrage sind diese für 46% der Männer und 54% der Frauen ein negativer Faktor. Bereits hier beginnt sich ein Verhältnis zu offenbaren, dass wiederholt auffällt: Frauen und Männer empfinden verschiedene Wiesn-Facetten unterschiedlich störend.

So fallen den befragten Frauen auch die vielen Betrunkenen deutlich negativer auf als den Männern. Das mag daran liegen, dass sich Männer viel eher mit dem Wettrinken und dem Kameradschaftlichen Gefühl des gemeinsamen Kontrollverlustes identifizieren können, während Frauen viel mehr um ihre Sicherheit bangen müssen. Denn in der Studie geben 21% der Frauen an, dass sie Sexuelle Belästigung eng mit der Wiesn verbinden, während das für nur 10% der Männer ein relevanter Punkt ist. Der Unterschied ist drastisch.

Was bedeutet also die Wiesn für FLINTA?

Sexuelle Übergriffe zur Wiesnzeit – Wie können wir uns wehren?

Wenn man den offiziellen Statistiken zur Wiesn Glauben schenken möchte, dann passieren jedes Jahr auf dem Volksfest meistens zwischen 50 und 100 Sexualdelikte – bei einer Besucher:innenzahl von etwa 6 Millionen.

Das ist natürlich eine absurd geringe Zahl, und jede Flinta Person, die je auf der Wiesn war kann gegenüber dieser Statistik auch nur den Kopf schütteln. Natürlich wird von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen, und es handelt sich bei diesen Fällen eben auch nur um die, die angezeigt wurden. Aber es scheint von Seiten der Organisatoren auch niemand ernsthaft daran interessiert zu sein, akkuratere Statistiken festzustellen und das Problem von Übergriffen und (sexualisierter) Gewalt auf der Wiesn zu bekämpfen.

Hauptsache Bayern stellt jedes Jahr ein größeres Polizeiaufgebot damit sich Besucher:innen „sicherer“ fühlen. Dieses Jahr sind es rund 600 Polizist:innen und eine wachsende Zahl von Überwachungskameras.

Ansonsten gibt es auf dem Oktoberfest seit Jahren einen sogenannten Safe Space „für Frauen* und Mädchen*“. Nach etwas Suchen findet man auf der Webseite was es konkret mit den Sternchen auf sich hat; „Das Angebot richtet sich an alle Personen, die sich als weiblich identifizieren. Non-binäre Personen sind ebenfalls willkommen“. Wie sehr sich Trans-Frauen und nichtbinäre Menschen bei dieser Aufmachung willkommen fühlen ist mal dahin gestellt. Um den Safe Space zu erreichen, muss oftmals das ganze Festgelände durchquert werden. Jährlich nutzen ein paar hundert Personen diese Wiesn-Einrichtung. Ein paar hundert von sicherlich tausenden Frauen, Mädchen und Nichtbinären Personen, die sich auf der Wiesn in Notsituationen wiederfinden.

Richtig wohl kann man sich als weiblich gelesene Person auf der Wiesn kaum fühlen, wenn regelmäßig Schlagzeilen wie der diesjährige Upskirting-Skandal erscheinen. Tausende voyeuristische Videos von Frauen auf dem Teufelsrad denen unter den Rock gefilmt wurde tauchen im Internet auf. Frauen wird nahegelegt, Radlerhosen unter dem Dirndl zu tragen um sich selbst zu schützen; Inzwischen gibt es sogar Damenunterwäsche-Brands die zur Oktoberfestzeit passende lange Unterhosen bewerben. Na dann ist ja gut.

Letztendlich stehen sich auf der Wiesn die Profitmaximierung und maximale Sicherheit widersprüchlich gegenüber. Das Oktoberfest ist zu groß, zu voll und zu sehr auf ausgelassenen Kontrollverlust ausgelegt um gleichzeitig Sicherheit vor sexuellen Übergriffen ernsthaft gewährleisten zu können. Außerdem bleibt in den Statistiken zum Oktoberfest verschleiert, dass während der Wiesnzeit nicht nur auf dem Festgelände vermehrt sexuelle Übergriffe geschehen, sondern auch in der gesamten Innenstadt, in öffentlichen Verkehrsmitteln etc..

Gleichzeitig sind viele Selbstverteidigungsmethoden in Deutschland kriminalisiert. Sogar das Mitführen von Pfefferspray, dass nicht explizit als Abwehrspray gegen Tiere gekennzeichnet ist, ist illegal. Bei Übergriffen heißt es danach immer wieder; Hast du denn Nein gesagt? Hast du dich denn gewehrt? Aber wenn sich Flinta (oder Opfer sexualisierter Gewalt generell) wirklich auf eine Art und Weise wehren, die ihre Sicherheit garantieren kann, dann trifft sie oft die Gewalt des Staates.

Umso mehr werden organisierte Selbstverteidigungsstrukturen dämonisiert. Denn sie sind ein Angriff auf das Machtmonopol des Staates. Stattdessen wird von Polizei, bürgerlicher Presse und Erziehungsorganen wie der Schule das Konzept von „Zivilcourage“ hochgehalten.

Was unterscheidet Zivilcourage vom Potenzial unabhängiger Selbstverteidigungsstrukturen? Dafür muss man den Begriff erst mal definieren: Zivilcourage wird in Gegensatz zum *Bystander-Effekt* gestellt. Sie ist im Regelfall das Eingreifen Einzelner in eskalativen Situationen in der Öffentlichkeit. Meistens soll nach dem direkten Eingreifen, in dem Gewalt nur *verhältnismäßig* angewendet werden darf, dann die Polizei gerufen werden um *Recht walten zu lassen*.

Zuletzt stand der Status von Zivilcourage gesellschaftlich im Diskurs, als der sogenannte „Held von Aschaffenburg“, Ahmed Mohamed Odowaa, der noch Anfang 2025 von Markus Söder für seine Zivilcourage geehrt worden war von Abschiebung bedroht wurde. Der einsame Heldenstatus schützt letztendlich nicht, besonders wenn man rassistisch unterdrückt ist und in Deutschland keine Staatsbürgerlichen Rechte besitzt. Damit ist auch der Mythos Zivilcourage einer den wir überwinden sollten: Es ist ein Begriff der Mächtigen, ein Begriff der uns genau so viel Selbstermächtigung gestattet wie nicht bedrohlich für das System ist. Wir dürfen bestenfalls der Polizei zuarbeiten, aber auch nur innerhalb eines streng abgesteckten Rahmens.

Nun ist solidarisches Eingreifen sicher nicht verwerflich, aber als Revolutionäre ist es wichtig gesamtgesellschaftliche Perspektiven aufzuwerfen, die sich nicht nur auf gute Einzeltaten und die Polizeigewalt verlassen. Deswegen muss die Forderung sein: Unabhängige Selbstverteidigungsstrukturen unter Kontrolle von Flinta und Arbeiter:innen. Der Aufbau von Gegenmacht ist notwendig um das Machtmonopol des Staates zu überwinden und revolutionär sowohl Symptome als auch Ursachen von sexistischer, rassistischer und queer-feindlicher Gewalt zu bekämpfen.

Die Wiesn und nationale Identität – Wer nutzt die Wiesn und Wiesn-Tracht politisch?

Die Geschichte des Oktoberfests und vor allem von Wiesn-Tracht sind tief mit der Frage nationaler Identität und einem komplexen Erbe verflochten.

Denn wenn heute POC Dirndl und Lederhosen tragen, müssen sie mit rassistischen Anfeindungen rechnen. Ironischerweise beschwören dann Rechte auf einmal Debatten um kulturelle Aneignung herauf. Rassismus ist auf der Wiesn allgegenwärtig und der Diskurs darum wird noch stärker verdrängt als der um Sexistische Gewalt. Am Wiesengelände wirbt gerade ein Plakat der Bayerischen Polizei mit dem Slogan „Vielfalt, aber sicher!" der schon fast wie eine dogwhistle rüberkommt. Als wäre das einschneidendste Wiesn-Ereignis, das Oktoberfestattentat 1980 kein rechtsradikales gewesen…

Wenn sich heute hauptsächlich rechte Politiker:innen in Wiesn-Tracht ablichten lassen und sich Teile der Identitären Bewegung als „Lederhosen Revolte" bezeichnen, dann ist das nicht ganz zufällig. Generell hat Tracht schon immer etwas mit Tradition und nationaler Identität zu tun; zwei Dinge auf die sich in Deutschland vor allem Rechte berufen.

Die Tradition gerade des Dirndls ist aber eine sehr fragwürdige. Denn das Dirdl wurde nicht schon immer als Tracht angesehen. Es entstand viel mehr aus einer Phantasie von ländlicher Idylle, in die das städtische Bürgertum des späteren 19. Jahrhunderts eintauchen wollte: Im Zuge der sogenannten „Sommerfrische"-Urlaube und -Ausflüge entstand bei bürgerliche Frauen Nachfrage nach ländlich anmutenden Sommerkleidern.

Das frühe Dirndl war also ein Modetrend. Die Nachfrage konnte durch industriell gefertigte und eingefärbte Stoffe gedeckt werden von Unternehmern wie den Brüdern Wallach, die in München das sogenannte „Trachtenhaus Wallach" eröffneten. Die Brüder selbst kamen aus Bielefeld und das Trachtenhaus hatte auch nicht wirklich viel mit *Tracht* im Sinne von *Tradition* zu tun, das sollte sich aber spätestens mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten ändern. Die erhoben das Dirndl nun offiziell in den Trachtenstatus um einen Mythos um eine uralte einheitliche deutsche

Identität zu befeuern. Die österreichische Nationalsozialistin Gertrud Pesendorfer wurde „Reichsbeauftragte für Trachtenarbeit“ und gestaltete das Dirdl so um wie wir es auch heute noch kennen: Kürzerer Rock, Betonung von Taille und Brust, weiße Bluse. Das Dirndl sollte erotischer wirken als herkömmliche Tracht, es sollte das Bild der fruchtbaren deutschen Frau stärken. Die jüdischen Brüder Wallach dagegen mussten Deutschland verlassen.

Schon damals wurde die Frage gestellt; Wer darf Dirndl tragen? Im letzten Jahrhundert wurden vor allem jüdische Menschen von dieser neuen Tracht ausgeschlossen, heute werden POC und vor allem muslimische Menschen für das Tragen einer Tracht angegriffen, die letztendlich damals wie heute ein Modegewand ist. Es war übrigens noch vor ein paar Jahrzehnten auch nicht üblich, dass alle auf der Wiesn „Tracht“ tragen, aber wenn sich der Trend so entwickelt, warum sollen dann POC (und die vielen ausländischen Wiesn-Gäste, die weil sie weiß sind, nicht als fremd wahrgenommen werden) daran nicht teilnehmen dürfen?

Und irgendwie hatten die Nazis Erfolg ja mit ihrer Propaganda. Wenn man heute in Google „german stereotype“ eingibt spuckt die Suchmaschine Bilder von Bier, Brezen, Jägerhüten, Lederhosen und Dirndl aus. Das Oktoberfest spiegelt eine spannende Geschichte von Kommerzialisierung von Tradition wieder, die mit Vereinfachung für den Weltmarkt einhergeht. Aber das Dirndl selbst musste gar nicht erst durch Kommerzialisierung vereinfacht werden: Es war von Anfang an eine modische Synthese verschiedener Trachten-Traditionen die im Nationalsozialismus ideologisch überhöht wurde.

Rassismus, Nationalismus, Militarismus

Gerade in einer Zeit in der die AfD Wahlen gewinnt und alle anderen Parteien ihr an Rassismus nacheifern, gerade in einer Zeit in der autoritärer Staatsumbau mit der Sicherheitsfrage gerechtfertigt wird, gerade in einer Zeit in der in Deutschland die Wehrpflicht Stück für Stück wieder eingeführt wird, werden Events wie das Oktoberfest wieder zunehmend ideologisch durchdrungen. Als Linke müssen wir und gegen sexistische und rassistische Gewalt rund um die Wiesn stellen aber auch darüber hinaus die

Instrumentalisierung von Tradition kritisch beleuchten.

Die immer größeren Befugnisse der Polizei und der Ausbau von breiter Überwachung werden auch auf dem Oktoberfest weiter ausprobiert und normalisiert. Und auch wenn die Wiesn für viele heute eher ein spaßiger „Trachten-Fasching“ ist, ist sie dennoch sowohl historisch als auch heute in nationalistische Projekte verwickelt.

- **Für den Aufbau von Selbstverteidigungsstrukturen gegen sexistische, rassistische und queer-feindliche Gewalt unter Arbeiter:innenkontrolle und der der Betroffenen! Für unabhängige Anti-Diskriminierungsstellen in Schulen und Betrieben!**
- **Gegen die fortlaufende rechte Instrumentalisierung des Oktoberfestes!**
- **Gegen Überwachungsstaat, Polizeigewalt und Megakommerz!**